

Rede zur WestLB (Plenarsitzung vom 20.02.2008)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Remmel. – Als nächster Redner hat Kollege Sagel das Wort.

Rüdiger Sagel^{*)} (fraktionslos): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste! Für die Linke kann ich zunächst nur feststellen, dass die Probleme der WestLB nicht gelöst sind. Wir haben die größte Finanzkrise in Nordrhein-Westfalen, so lange ich mich entsinnen kann.

Herr Rüttgers, das, was man heute von Ihnen gehört hat, ist ein schlechter Witz; dabei ist Karneval schon vorbei. Wenn man sich die jüngste Vergangenheit anschaut – Nokia, WestLB –, kann man das in einem Wort zusammenfassen: abgewirtschaftet.

Das Possenspiel von SPD und CDU, das wir heute Morgen im Landtag erlebt haben, ist schon sehr beachtlich. Denn letztlich sind die beiden großen Fraktionen gemeinsam für das, was bei der WestLB passiert ist, verantwortlich. Es ist schon sehr interessant, wenn jetzt vonseiten der Marktradikalen, von der FDP, behauptet wird: Herr Steinbrück war es. Haltet den Dieb! – Im Übrigen sollte man vielleicht eines nicht ganz aus den Augen verlieren: Herr Steinbrück ist der Finanzminister der gemeinsamen Koalition von CDU und SPD in Berlin.

Wenn man sich die Rolle des Finanzministers im Land Nordrhein-Westfalen ansieht, weiß man: Auch er war, was die WestLB angeht, seit 1995 in allen wichtigen Gremien und bei allen wichtigen Entscheidungen dabei.

Von daher haben wir in Bezug auf die Finanzkrise der WestLB Nordrhein-Westfalen eine traute Zweisamkeit von SPD und CDU – zulasten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Das muss man so deutlich sagen. Denn diese Milliardensummen, die jetzt für die WestLB ausgegeben werden müssen, gehen letztlich zulasten des Landeshaushalts, gehen zulasten von Familien, Kindern und sozial Schwächeren in unserem Land. Das ist die bittere Realität, die wir mit dieser Krise erleben.

Die Nieten in Nadelstreifen bei der WestLB und der Finanzminister haben völlig versagt. Daher ist es höchste Zeit, dass der Finanzminister zurücktritt. Das habe ich schon vor zwei Wochen gefordert. Ich freue mich, dass die Grünen jetzt offensichtlich auch in diese Richtung denken.

Ich hoffe, dass nun Nägel mit Köpfen gemacht werden. Denn diese Finanzkrise ist in keiner Weise gelöst. Ich befürchte sogar, dass wir noch weitere Milliardensummen auf den Tisch bekommen werden, die aus dem Landeshaushalt auszugleichen sein werden, wenn man die WestLB erhalten will. Das ist die bittere Realität, vor der wir in Nordrhein-Westfalen stehen.

Das Ergebnis kann man zum jetzigen Zeitpunkt vielleicht so zusammenfassen: Die WestLB soll einseitig auf Kosten der Beschäftigten der Sparkassen und der Kommunen saniert werden. Geplant sind Kosteneinsparungen von rund 300 Millionen €, die im Wesentlichen zulasten der Beschäftigten gehen. Denn bis zum Jahr 2010 sollen 1.300 bis 1.500 Arbeitsplätze abgebaut werden. Das heißt, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der WestLB werden die Leidtragenden sein. Die geplante Ausweitung des Mittelstandsgeschäfts auf Kosten der Sparkassen und in Konkurrenz zu ihnen gefährdet eines der Kerngeschäfte der Sparkassen und ist abzulehnen. Denn auch das – so die Befürchtung – wird zulasten der Beschäftigten der Sparkassen gehen.

Von daher kann ich nur sagen: Dieses Geschäftsmodell, das sich im Moment rudimentär erkennen lässt, ist alles andere als geeignet – erstens –, die WestLB

tatsächlich zu sanieren und – zweitens – eine vernünftige Lösung für die Sparkassen anzubieten.

Besonders problematisch ist die neu zu schaffende Möglichkeit der Übertragung einer Sparkasse auf die WestLB. Bekanntermaßen will die CDU/FDP-Koalition im NRW-Sparkassengesetz, das sie in Kürze vorlegen will, wie in Hessen handelbare Stammkapitalanteile, die an die Landesbank veräußert werden können, einführen. Die Übertragung einer Sparkasse an die WestLB geht sogar noch darüber hinaus. Diese vertikale Fusion von Sparkassen und WestLB ist abzulehnen, weil die Sparkassen damit kaputt gemacht werden. Sie würden die Sparkassen zu Filialen eines Sparkassenkonzerns machen, was die Selbstständigkeit der Institute bedroht und eine Stärke der Sparkassen infrage stellt, nämlich die Präsenz vor Ort sowie die daraus resultierenden Markt- und Kundenkenntnisse und Beziehungen. – Das ist die Konsequenz dessen, was hier droht.

Zu dem möglichen Fusionsmodell mit der Helaba, das auf dem Tisch liegt, möchte ich aus der „Frankfurter Allgemeinen“ vom heutigen Tage, die bekanntermaßen eine konservative Zeitung ist, zitieren:

„Donnerstag in einer Woche werden die hessischen Sparkassen aller Voraussicht nach gegen eine von Rüttgers angestoßene Fusion der WestLB mit der kleinen Landesbank Hessen-Thüringen (Helaba) votieren.“

Warum das so sein wird, wird von der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ auch sehr deutlich gesagt:

„Und auch nach der Einigung sind das Land NRW, dem 38 Prozent der WestLB gehört, und die Sparkassen (50,2 Prozent) heillos über das künftige Geschäftsmodell zerstritten; ...“

Das macht sehr deutlich, dass es hier im Moment überhaupt keine Lösung für die vorhandenen Probleme gibt. Die Fusion mit der Landesbank Baden-Württemberg, die Grüne und SPD gefordert haben, wäre auch keine Lösung gewesen. Auch das hätte zu den Konsequenzen geführt, die ich gerade beschrieben habe.

Von daher: Es gibt im Augenblick überhaupt keine Lösungen. Wir haben massivste Finanzprobleme mit Milliardenbelastungen für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in Nordrhein-Westfalen.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Sagel. – Als nächster Redner hat nun für die Fraktion der SPD der Kollege Börschel das Wort.